ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

König, Karl

Article — Digitized Version

Ein neues Kapitel für die wirtschaftliche Zukunft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: König, Karl (1972) : Ein neues Kapitel für die wirtschaftliche Zukunft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 2, pp. 75-77

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134362

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Berlin

Ein neues Kapitel für die wirtschaftliche Zukunft

Interview mit Dr. Karl König, Senator für Wirtschaft, Berlin

Herr Senator, nach langen Verhandlungen ist das Berlin- und Transitabkommen abgeschlossen worden. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen für Berlin erwarten Sie von diesen Abkommen?

Mit dem Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens wird ohne Zweifel ein neues Kapitel für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt beginnen.

Es kann mit guten Gründen festgestellt werden: Die Grundlagen der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Stadt werden eindeutig verbessert werden.

Ich denke dabei vor allem an die folgenden Elemente des Abkommens:

☐ Die Rechte der für die Stadt verantwortlichen drei Mächte werden bestätigt; das ist für die Sicherheit, für die Lebensfähigkeit und für das Vertrauen in die Zukunft der Stadt eine elementare Voraussetzung.

☐ Die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik und damit die Zugehörigkeit der Stadt zur Rechts-, Wirtschafts- und Finanzordnung der Bundesrepublik werden künftig unbestritten, ja sogar entwicklungsfähig sein. Das bedeutet eine sichere Grundlage für langfristige Planungen der Wirtschaft in der Stadt.

☐ Die Außenvertretung der Stadt durch die Bundesrepublik wird von der Sowjetunion akzeptiert. Wir haben jetzt bessere Chancen für die Einbeziehung Berlins in den internationalen Austausch.

☐ Der Verkehr von und nach Berlin wird frei sein von Behinderungen. Er wird erstmals seit dem Krieg eine detaillierte vertragliche Grundlage haben, in der die Sowjetunion die Verpflichtung übernommen hat, daß der zivile Berlin-Verkehr auf dem Straßen-, Schienen- und Wasserweg von Behinderungen frei sein wird. Das heißt Abbau politisch-psychologischer Belastungen einerseits, konkrete praktische Verbesserung der wirtschaftlichen Austauschmöglichkeiten mit dem Bundesgebiet und darüber hinaus andererseits.

Glauben Sie, daß die Neigung der Unternehmer, in West-Berlin zu investieren, sich erhöhen wird und daß der Prozeß der Auslagerung von Produktionsstätten aus West-Berlin gestoppt wird?

Zunächst: „Der Prozeß der Auslagerung von Produktionsstätten aus West-Berlin" ist in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit oft grob überzeichnet worden. Einen wirtschaftlichen Exodus hat es nicht gegeben.

Wir können in den letzten Jahren sehr erfreuliche Tendenzen bei der Investitionstätigkeit in Berlin feststellen. In den Boomjahren 1968–1970 lagen die Zuwachsraten bei den industriellen Investitionen in Berlin regelmäßig über denen des Bundesgebietes. Diese Intensivierungen bei den Industrieinvestitionen werden sicherlich durch die Verbesserungen der politischen Großwetterlage noch begünstigt werden.

Auf dem Sektor Industrieansiedlungen konnten wir schon in den vergangenen Jahren über mangelndes Interesse nicht klagen. Hier bereitet uns der Produktionsfaktor Grund und Boden mehr Sorgen als eine vermeintliche Zurückhaltung von Berlin-Investoren.

Ich würde es mir wünschen, daß noch mehr Dienstleistungsunternehmen mit überregionaler Bedeutung den Weg nach Berlin fänden. Unser Förderungsinstrumentarium begünstigt ja bewußt auch diesen Kreis. Das Viermächte-Abkommen wird unsere Bemühungen auf diesem Gebiet sicherlich unterstützen. Die Bedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in Berlin werden sich – gerade auf dem Dienstleistungssektor – spürbar verbessern.

Die Alterspyramide der Bevölkerung West-Berlins verschlechtert sich vor allem durch die Abwanderung junger Berliner. Wird sich dies jetzt nach dem Vier-Mächte-Abkommen ändern?

Ihre Feststellung, daß die Abwanderung junger Berliner die Alterspyramide der West-Berliner Bevölkerung verschlechtere, wird von den vorliegenden statistischen Daten nicht bestätigt.

Es trifft zwar zu, daß der Saldo der Wanderungsbewegung der Wohnbevölkerung mit dem übrigen Bundesgebiet seit 1962 fast immer negativ gewesen ist. Analysiert man diesen Saldo aber näher, so stellt sich heraus, daß gerade in der von ihnen erwähnten Gruppe der jüngeren Bevölkerung (18 bis 30jährige) in der Regel ein beachtlicher Zuwanderungsgewinn erzielt wurde. Von daher ist also die Alterspyramide der Berliner Bevölkerung nicht verschlechtert worden. Der Wanderungsverlust ist auf Grund der Abwanderungsüberschüsse in den anderen Bevölkerungsgruppen entstanden.

Wir rechnen damit, daß sich der Abschluß der Berlin-Vereinbarungen auch positiv auf die Wanderungsbewegung auswirken wird. Die wirtschaftlichen Chancen in Berlin werden sich vergrößern. Der Wohn- und Freizeitwert wird sich erhöhen, die Reisebedingungen von und nach Berlin auf dem Landweg werden sich verbessern. Das dürfte dazu beitragen, sowohl junge Berliner in der Stadt zu halten wie auch mehr neue Bürger aus dem Bundesgebiet zu gewinnen.

Sollte die Bundesregierung als sichtbares Zeichen der geänderten Situation weitere wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen für West-Berlin ergreifen?

Die Frage, ob die Bundesregierung über die bisher gewährten finanziellen und steuerlichen Vergünstigungen hinaus weitere wirtschaftliche Hilfen für Berlin gewähren sollte, ist gegenwärtig nicht leicht zu beantworten. Zunächst sollte erst einmal abgewartet werden, wie sich die Verbesserungen der Situation Berlins, die im Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 und in den ergänzenden Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR festgelegt wurden, auf längere Sicht auswirken werden.

Bisher konnte West-Berlin keine Vorteile aus dem Vorzug seiner geographischen Lage zwischen Ost und West ziehen. Glauben Sie, daß West-Berlin zu einer Art „Drehscheibe" im Ost-West-Handel werden könnte?

Das Wort von der „Drehscheibenfunktion" West-Berlins macht in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion um die Bedeutung des Berlin-Abkommens für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt wieder die Runde. Um es ganz klar zu sagen: ich halte nicht viel von rein spekulativen Zukunftsvisionen.

Allerdings schafft das Viermächte-Abkommen Voraussetzungen, daß West-Berlin die Vorzüge seiner geographischen Lage zwischen Ost und West künftig mehr als bisher nutzen könnte. West-Berlin blieb infolge der politischen Gegebenheiten und der gegensätzlichen Interessenlagen von vielen Entwicklungen des Austausches und der Kommunikation ausgeschlossen.

Jetzt sind entscheidende Weichen für eine Verbesserung der überregionalen und internationalen Austauschbeziehungen und Kommunikationen gestellt.

Gegenüber der unbefriedigenden Lage in den zurückliegenden Jahren sind mit dem Viermächte-Abkommen bedeutsame Verbesserungen gerade auch auf diesem Gebiet erzielt worden:

☐ West-Berlin kann in Verträge einbezogen werden, die die BRD mit anderen Staaten schließt. Das ist für Berlin insbesondere bei Handelsverträgen mit den osteuropäischen Staaten von Wichtigkeit. Ein Zankapfel früherer Jahre, der den Ostexport nicht nur unserer Stadt behindert hat, ist damit vom Tisch.

☐ Die BRD betreut nach Inkrafttreten des Vertragswerks unbestritten Berlin konsularisch auch in den Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon).

☐ Messen, Ausstellungen, Kongresse und Konferenzen mit Teilnehmern aus allen geographischen und politischen Himmelsrichtungen werden unter politischen Aspekten leichter in Berlin durchgeführt werden können. Die UdSSR erhebt hiergegen keine Bedenken mehr.

☐ Das sowjetische Generalkonsulat in West-Berlin wird ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der Voraussetzungen für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen leisten. Die wirtschaftlichen Kontakte und der Warenaustausch sind ausbaufähig.

Die allgemeinen Schwierigkeiten im Osthandel bestehen natürlich weiter. Vielleicht ergeben sich aber auch hier im Rahmen einer fortschreitenden Entspannung zukünftig bessere Möglichkeiten. Nur, das ist kein spezielles Berliner Problem. Ich halte es für möglich, West-Berlin stärker als bisher zu einem Handels- und Kontaktplatz zwischen Ost und West zu entwickeln.

Hier hat Berlin echte Standortvorteile. Finanzierungen, technische und wirtschaftliche Beratung, Werbung, Ausstellungen – alles das sind Funktionen, die in Ansätzen bereits vorhanden sind und die – mit dem entsprechenden institutionellen Unterbau – erweitert werden können.

Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß diese Überlegungen von heute auf morgen um Ziel führen werden. Dazu wird noch lange und geduldige Arbeit nötig sein.

Kommt es nach dem Berlin- und Transitabkommen zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik des Berliner Senats?

Wir sind dabei, die Chancen sehr gründlich zu überdenken, die sich aus dem Viermächte-Abkommen und den ergänzenden Vereinbarungen zwischen der BRD und der DDR für die Berliner Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik ergeben.

Wirtschaftspolitisch mußten wir uns in der Vergangenheit wegen der politischen Gegebenheiten zwangsläufig in erster Linie auf die Sicherung und den Ausbau der inneren Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft konzentrieren und konnten die internationalen Austauschbeziehungen nicht so entwickeln, wie wir es wollten.

Jetzt beginnt eine Etappe der Wirtschaftspolitik, in der sich die Möglichkeiten Berlins zur Einbindung in überregionale und internationale Austauschbeziehungen und Kommunikationen verbessern werden. Der Senat wird diese Chancen nutzen.

Zugleich ist der Spielraum für eine langfristige, vorausschauende Gestaltung und Planung der Wirtschaftspolitik größer geworden. Das heißt nicht, daß wir in der Vergangenheit wirtschaftspolitisch nur von der Hand in den Mund gelebt haben – unsere längerfristigen Überlegungen wurden aber immer wieder von aktuellen politischen Einflüssen beeinträchtigt.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft ist zusammen mit einem Team von Wissenschaftlern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit der Erarbeitung von „Leitvorstellungen für die Berliner Wirtschaftspolitik" beschäftigt, in denen der Rahmen der für diese Dekade anzustrebenden Wirtschaftspolitik abgesteckt werden soll.

Der Senat läßt sich bei seinen Überlegungen zur Berliner Wirtschaftspolitik aber auch nicht zuletzt vom Grundsatz der Kontinuität leiten. Wirtschaftspolitische Kontinuität ist vor allem deshalb erforderlich, weil sich Wirkungen des Viermächte-Abkommens im einzelnen nicht unmittelbar einstellen werden und das Vertrauen in die positiven Wirkungen des Abkommens noch einer weiteren Festigung bedarf.

Das ist nach so vielen Jahren der Unsicherheit auch verständlich.

Wir werden die möglichen Auswirkungen dieses für Berlin so eminent wichtigen Abkommens sorgfältig beobachten und dann zu entscheiden haben, was, wann und wie evtl. verändert werden soll. Dabei ist Richtschnur unseres Handelns, Berlin zum Nutzen der Menschen, die hier leben, zu einer auch wirtschaftlich blühenden Metropole zu entwickeln. Das ist unser Ziel, daran orientiert sich die Wirtschaftspolitik des Berliner Senats.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEMNÄCHST ERSCHEINT:

Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.)

FÖRDERUNG PRIVATER DIREKTINVESTITIONEN

Eine Untersuchung der Maßnahmen bedeutender Industrieländer

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist der internationale Vergleich von Direktinvestitionen bedeutender Industrieländer (USA, Großbritannien, Frankreich, Japan, Bundesrepublik). Umfang und Struktur sowie Anreize und Diskriminierungen von industriellen Auslandsinvestitionen dieser Länder werden erstmalig in geschlossener Form analysiert. Dabei werden die klassischen Förderungsmaßnahmen (Garantien, Finanzierungshilfen, Informationshilfen) wie auch die steuer- und devisenpolitischen Instrumente umfassend dargestellt, bewertet und verglichen.

Großoktav, 633 Seiten, 1972, brosch. DM 24,50

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G